



★ Behindert verhindert!?	Seite 3
★ Gebrochene Wahlversprechen	Seite 4
★ Länger Einkaufen?	Seite 4

Das Krankenhaus Kitzbühel ist ein Paradebeispiel für verfehlte Ausgliederungs- und Privatisierungspolitik im Gesundheitsbereich:

Wer mit dem Teufel ins Bett geht, wacht in der Hölle auf!

Scharfer Wind bläst den KitzbühelerInnen ins Gesicht. Einerseits sportlich durch die Wetterkapriolen, die am Hahnenkamm die Speedbewerbe „absaufen“ ließ und die Sponsorkapriolen des Cerberus (Höllenhund)-Partners, die das Generali-Open in die Wüste schickt und andererseits existenziell, durch die Ausgliederungs- und Privatisierungskapriolen von Gemeinde und Land, die jetzt das Krankenhaus schließen und zahlreiche Arbeitsplätze gefährden.

Maria Illetschko



Ein kurzer Rückblick: Anfang des neuen Jahrtausends brachten die „Sparpakete I und II“ der geschiedenen rotschwarzen Regierung und die „Gesundheitsreformen“ der schwarzblauen Regierung der Stadtgemeinde Kitzbühel als Betreiber des Kran-

kenhauses stark steigende Kosten. Die überinflationäre Steigerung der Pharma- und Gerätekosten und der bedingungslose Maas-trichtkurs, verbunden mit der Abschaffung der Getränkesteuer, führte zu einem massiven Engpass im Stadtbudget.

Lösungen wurden gesucht: Eine Bezirkslösung bei der es zur engen Zusammenarbeit ohne Doppelgleisigkeiten zwischen den Krankenhäusern St. Johann und Kitzbühel kommen sollte, verhinderte die „Schreibergartenpolitik“ beider Gemeinden.

Neoliberaler Ruf nach Ausgliederung und Privatisierung

Ausgliederung: die Erste: Da war es für den freiheitlichen Ex-Bürgermeister von Kitzbühel und (Fortsetzung auf Seite 2)

www.glbtirol.info



glb@glbtirol.info

Josef Stingl (Vida/GLB) am 16. Bundskongress des ÖGB: Österreich hat eines der besten Gesundheitssysteme, und ist trotzdem krank. Selbstbehalte und Ausgliederungen unterwanderten das System. Private Gesundheitsanbieter und ständig steigende Selbstbehalte führen zur Zwei-Klassen-Medizin und zu Armut.

KPÖ ONLINE

tirol.kpoe.at
kpoe.tirol@gmx.at

KPÖ-Zentral

www.kpoe.at

Wer mit dem Teufel ins B... wacht in der in der Hölle

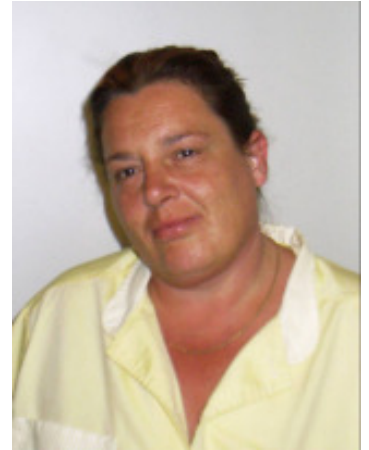
(Fortsetzung von Seite 1) jetzigen Gemeinderat der Gemeinsamen Kitzbüheler Liste (GKL) schon attraktiver den neoliberalen Ruf der Ausgliederung und Privatisierung zu folgen. Einstimmig, also mit den Stimmen von ÖVP und SPÖ, lieferte er das Kitzbüheler Krankenhaus 2001 der deutschen Betreibergesellschaft „HELIOS-Kliniken“ aus.



neue Sicherheit für kompetente medizinische Versorgung der Bevölkerung ... gewährleistet ist“, so der freiheitliche Bürgermeister in der Gemeindezeitung „Stadt Kitzbühel“ im Juni 2001. Der mitübernommene Geschäftsführer des Krankenhauses, Mag. Thomas Sieberer, antwortet in selbiger Zeitung auf die Fragen nach der finanziellen Misere der Krankenanstalt und der Sicherheit der dortigen Arbeitsplätze: „... das unternehme-

rische Risiko liegt nicht mehr bei der Stadt Kitzbühel und der städtische Haushalt ist entlastet. ... Es sind keine Kündigungen vorgesehen, der Betrieb wird von HELIOS ohne gravierende Veränderungen im Personalbereich weitergeführt.“

2005, das böse Erwachen für Kitzbühels Gemeindegranden: Statt „Gesichertes Krankenhaus“ Ausstieg der HELIOS Kliniken GmbH aus dem Betreibervertrag. Die HELIOS-Konzern-Herren in Fulda teilten der Gemeinde mit, dass sie das allgemein-öffentliche



Maria Illetschko

ist Pflegehelferin im „Sozialen Zentrum St. Josef“ in Mils, stellvertretende Betriebsratsvorsitzende bei den Sozialen Einrichtungen der Barmherzigen Schwestern Zams und GLB-Funktionärin in Tirol

Unwürdige Vorstellung von Landesrätin Zanon

Die laufenden Fehlentscheidungen beim Krankenhaus Kitzbühel wollte Landesrätin Zanon mit Angriffen auf die ArbeitnehmerInnenvertretung zudecken. Aber nicht AK-Präsident Dinkhauser, der sich bei der Betriebsversammlung auf die Seite der Beschäftigten stellte, ist der Böse, sondern die Politik der Gemeinde und des Landes.

Immerhin fürchten 150 Frauen und Männer plus ihren Familienangehörigen, dass ihr Arbeitsplatz mit 30. Juni 2007 vernichtet ist. Dass sie dem Versprechen der Landesrätin für Arbeitsplätze innerhalb der TILAK, bei der neuen Reha und einer Arbeitsstiftung wenig vertrauen ist bei deren Politik nicht unverständlich. Ihr Job als Gesundheitslandesrätin wäre es, die bestmögliche Gesundheitsversorgung für die Bevölkerung zu sichern. Sie sichert aber bloß die bestmöglichen Profite für private Gesundheitsanbieter:

Nachdem das Land nicht gewillt war, es 2001 von der defizitgeplagten Gemeinde Kitzbühel zu übernehmen, wurde es unter Mithilfe des Landes der deutschen Privatklinikengruppe Helios zu gespielt, 2005 als es wegen zu niedriger Gewinnentwicklung der Stadtgemeinde zurückkam kurzfristig in die Landesgesellschaft TILAK eingegliedert. Ziel des Landes war dabei aber nicht der Erhalt der Gesundheitsversorgungseinrichtung, sondern diese wieder rasch an private Hand abzugeben.

Nur Zanon fand für ihre Privatisierungsgelüste aus der Privatwirtschaft keinen „Partner“ mehr, der den Standort Kitzbühel als Krankenhaus

übernehmen wollte. Daher der neue Plan: Weg mit dem Krankenhaus, her mit einer Reha! Dafür - hier kann man auch kräftig aus dem Gesundheits- und Pensionsversicherungstopfabnahmen - fand sich schnell ein Partner aus der Wirtschaft, die Grazer „Hospitals Projektentwicklungs GesmbH“ in Zusammenarbeit mit der Firma „humanocare“, hinter der unter anderem - wem wundert's eine Versicherung - die Wiener Städtische steckt.

Dafür waren Zanon & Co. durchaus bereit den Deal konzeptlos über Bühne zu bringen:

- „Therapiert werden sollen vor allem neurologische Probleme. Dazu gehören etwa Muskel-erkrankungen, Schlaganfallsnachwirkungen, Hirn- oder Rückenmarksverletzungen sowie traumatische Schädel-Hirn-Verletzungen“, erklärte der Sprecher der Gesundheitslandesrätin am 20. Dezember des Vorjahres.“

- Ihm widerspricht seine Chefin Zanon am 10. Jänner dieses Jahres: „Offen ist noch ob Kitzbühel eine Reha Klinik für Herz-, Lunge und Stoffwechsel wird oder für Neuro und Orthopädie“.

- Schützenhilfe kommt von der Stadtgemeinde Kitzbühel. Der Stadtrat beschließt die Schließung des Krankenhauses, was Bürgermeister Klaus Winkler so begründet: „Das Aus für das defizitäre Stadtspital bringe das Land in Zugzwang: Nicht die Gemeinde, sondern die Regierung müsse Farbe bekennen, was für eine Rehabilitationsklinik konkret kommen soll. Der Spitalsbetrieb läuft noch sechs Monat.“

Krankenhaus zum 31. Juli 2005 vorzeitig abstoßen und dem künftigen Betreiber maximal bis Ende des Jahres beratend zur Seite stehen würden, Begründung: Die finanzielle Entwicklung des Krankenhausbetriebes (Anmerkung: ihr Profit) hat sich nicht so entwickelt wie erhofft.

Ausgliederung: die Zweite:

„Ab 1. August 2005 steht das Krankenhaus Kitzbühel unter der Führung der TILAK. Die Stadtgemeinde und das Krankenhaus Kitzbühel profitieren vom Know-how und der langjährigen Erfahrung der TILAK im Bereich Krankenanstaltenmanagement“, dazu auf der Internetseite der TILAK. Ergänzt wird diese Information noch damit, dass Mag. Thomas Sieberer die Geschäftsführung übernimmt. Und das war's dann auch schon.

„Es wurde durchaus bewusst gegeizt mit Infos über die Zukunft und mögliche Unternehmensstrategien für das Kitzbüheler Krankenhaus“, so der Tiroler Gewerkschafter und stv. Vorsitzende des Gewerkschaftlichen Linksblock (GLB), Josef Stingl.

Bett geht, auf!

Ergänzend: „Dann hätten ja Tirols Landespolitikgrößen schon damals zugegeben müssen, dass sie das KH Kitzbühel nur deshalb in die TILAK übernahmen, um es dann - wie beim Sanatorium Triumphpforte bereits geschehen - leichter privatisieren zu können.“

150 Arbeitsplätze im Frühwarnsystem angemeldet

Privatisierung das Letzte: Auf der Zunge zergehen lassen muss man sich die Meldungen dazu dann die „Meldungsflut“ des Jänner 2007: „Wandlung des Akutkrankenhauses Kitzbühel in ein Reha-Zentrum“, Schließung mit Jahresmitte fix, Reha-Klinik für Herz-, Lunge und Stoffwechsel oder für Neuro und Orthopädie noch nicht“, „Betreiber der Reha-Klinik die Grazer `Hospitals Projektentwicklung GmbH` in Zusammenarbeit mit der Firma humanocare´ „Stadt-ratsbeschluss Kitzbühels: Schließung des Krankenhauses mit 30. Juni“, „150 MitarbeiterInnen beim Frühwarnsystem angemeldet“, usw.

Kitzbühels jetziger Bürgermeister Klaus Winkler beschwichtigend, das Reha-Projekt und die mögliche Aufstockung der Betten sei auch eine Chance für mehr Arbeitsplätze. „Ist er nur blind oder dumm, dass er nicht merkt, dass mit diesem Schritt die Privatisierung und das Profitschaffeln jetzt 100prozentig vollzogen wird und dafür die Interessen der PatientInnen und der Beschäftigten nur hinderlich sind? Oder schlimmer, ordnet er sich bewusst diesem System unter?“ fragt Linksblock-Sprecher Stingl.

Massenhafte Proteste?

Wer glaubt, Arbeiterkammer und Gewerkschaft steigen auf die Barrikaden, der irrt. Der schwarze AK-Präsident Fritz Dink-

hauser, der gerne wortgewaltig poltert, gibt sich zum KH Kitzbühel handzahn: „Es ist bereits seit zwei Jahren bekannt, dass die Finanzierbarkeit des Krankenhauses nicht gegeben war. Die Leute haben Angst um ihren Arbeitsplatz, sie haben Familie und wissen nicht wohin sie kommen werden. Ich sage, man muss den Betroffenen endlich eine Perspektive geben.“

Nicht anders das „rote Mitstreiter“, Tirols ÖGB-Boss Franz Reiter. Die Beschäftigten des KH Kitzbühel hätten ein Recht auf Information und Sicherheit über ihre Zukunft und er verstehe die Verunsicherung der Belegschaft, die gekündigt werde. „Der Betriebsrat, der ÖGB und die Gewerkschaften werden die Belegschaft in allen Bereichen wie Sozialplan oder Arbeitsstiftung wie bisher voll und ganz unterstützen.“

„Wer mit dem Teufel ins Bett geht, braucht sich nicht zu wundern, in der Hölle aufzuwachen! Und die Hölle der Privatisierung verheißt im Gesundheitsbereich Arbeitslosigkeit, mangelnde Gesundheitsversorgung und Zwei- bzw. Drei-Klassen-Medizin!“, kritisiert GLBler Stingl und erinnert an die Tiroler GLB-Kampagne „Gesundheit, was wird aus dir?“ mit dem Ziel einer Gesetzesinitiative seitens der AK-Tirol für Gesundheit ohne Selbstbehalte, sowie gegen jede Privatisierung im Gesundheitsbereich.

Mit dem Änderungsvorschlag des Sozialausschusses der AK-Tirol (*Anmerkung:* Gesundheitsreform ohne zusätzliche Selbstbehalte, statt Gesundheitsreform ohne Selbstbehaltung) hat die 145. Vollversammlung im November 2005 dem GLB-Antrag einstimmig angenommen. Warum dann jetzt, keine Reaktionen von Präsident Dinkhauser und Vorsitzenden Reiter gegen die Ausgliederungs- und Privatisierungskapriolen im Tiroler Nobel-Tourismusort?

Behindert verhindert!?



„In Kitzbühel sind keine behinderten Menschen auf der Straße. Unser Ortsbild ist clean.“ Ein Zitat, das nach Nazijargon klingt, aber laut Sonntags-„Kurier“ von 28.1.2007 von Wohnbaustadträtin Gertraud Rief (SPÖ) getätigt wurde. *Josef Stingl*

Frau Rief wird jetzt behaupten „falsch verstanden“, beziehungsweise „aus dem Zusammenhang zitiert“ geworden sein, aber diese Ausreden kennen wir schon, sie gehören bereits zuden meist verwendeten Standardklärungen österreichischer PolitikerInnen.

Im Übrigen, war das Zitat im Zusammenhang mit folgenden abgedruckt: „Kitzbühel hat den Anspruch reich, jung und schön zu sein. Und wenn man durch die Straßen geht, fällt auch auf, dass es keine Menschen mit Behinderung gibt. Es sind auch keine Menschen mit Behinderung auf der Straße.“ viel soziale Einrichtungen wurden zum Stadtrand hin ausgelagert. „Unser Stadtbild ist clean.“

Erschütternd, dass eine österreichische Politikerin der Gegenwart, noch dazu eine sozialdemo-



krate, so etwas denken, geschweige den aussprechen kann. Noch schlimmer ist, dass sie mit dieser Einstellung in Kitzbühel offensichtlich nicht alleine steht.



Josef Stingl
ist stellvertretender
Vorsitzender des Gewerkschaft-
lichen Linksblock (GLB)

Wie sonst sollte man kommentieren, dass die Kitzbüheler Stadtverwaltung - zu Gunsten des „Gott Manon“ (Tourismusgeschäft und Nobelabsteige und -wohntort vieler Prominenter) - die sozialen Einrichtungen und Menschen mit Handicap vom Zentrum an den Stadtrand auslagert.

Daher möchte ich „Kitzbühels Riefs“ folgendes ins „Stammbuch“ schreiben: Hoffentlich habt ihr nie einen Unfall mit bleibenden Behinderungen, sie müssten dann auch das „Adabei-Zentrum“ mit dem „Aus-sätzigen-Ghetto“ tauschen.

www.imZoom

Wir berichten was kommerzielle
Medien oft verschweigen

info

Länger Einkaufen?

„Leidet der Tiroler FSG-Chef Otto Leist an Multipler Persönlichkeitsstörung (MPS)“, fragt der stv. Bundesvorsitzende des Gewerkschaftlichen Linksblock (GLB), Josef Stingl, auf Grund dessen Kritik zur Erweiterung der Ladenöffnungszeiten, „oder, ist er nur vergesslich?“

Zur Erinnerung, Kollege Leist gehört jener Partei an, die im Regierungsabkommen die Ladenöffnungszeitenveränderung festgeschrieben hat. Außerdem war es am 16. Bundeskongress des ÖGB die sozialdemokratische Gewerkschaftsfaktion, die gemeinsam mit den Christlichen Gewerkschaftsfaktion das Regierungsabkommen positiv eingeschätzt hat.“

Der GLB zur Ladenöffnungszeitendiskussion

Mit der Ausweitung der Öffnungszeiten im Handel hat auch die Prekarisierung massiv zugenommen, indem frühere Vollzeitbeschäftigten, geringfügige Arbeitsverhältnisse oder

gar Arbeit auf Abruf ersetzt wurden. Die Hauptbetroffenen Frauen, die kaum eine Chance haben aus dieser Prekarisierungsfalle wieder herauszukommen.

Die Forderungen der Petition des Handelsverbandes für Ladenöffnungszeiten von 6.00 bis 22.00 von Montag bis Samstag ist ein weiterer Schritt in Richtung unbegrenzter Ladenöffnungszeiten. Ruhe wird der Verband der Handelsriesen aber erst geben, wenn es kein Ladenöffnungsgesetz mehr geben wird. Nur, das ist nützlich für die Profitinteressen der großen Handelskonzerne - es ist schlecht für die kleinen Handelsunternehmen und miserabel für die im Handel arbeitenden Menschen: Rund um die Uhr einkaufen bedeutet nämlich auch



rund um die Uhr arbeiten zu müssen.

Jede weitere Ausdehnung der Ladenöffnungszeiten ist daher strikt abzulehnen, weil damit der Druck auf eine weitere Flexibilisierung der Arbeitsbedingungen steigt und sich die Prekarisierung für immer mehr Menschen verstärkt.

Der Handel dient derzeit als Versuchslabor, weil die Entwicklung in weiterer Folge Auswirkungen auf das Familienleben und auf andere Branchen hat.

Gebrochene Wahlversprechen

Abgesehen von zahlreichen gebrochenen Wahlversprechen der SPÖ, die jetzt dem naiven (?) Wahlvolk ihr wahres Gesicht zeigt (keine Antastung der Steuerprivilegien, kein Ausstieg aus dem Eurofighter-Vertrag, Erhöhung der Mineralölsteuer, Erhöhung der Krankenversicherung), bleiben noch zwei unverdauliche Brocken, die unsere Jugend, betreffen:

- die Studiengebühren mit sozialem Mäntelchen
- der Lehrlingskündigungsschutz, der nun gelockert werden soll.

Erinnern wir uns an letztes Jahr, als in Frankreich von der Chirac-Regierung versucht wurde, genau dies durchzudrücken: ein Sturm des Protests und der breiten Solidarisierung brach los, bis die Regierung gezwungen war, den Gesetzesentwurf zurück zu nehmen.

Die hiesige Studentenschaft sollte - in ihrer verständlichen Wut den Gedanken der Solidarität nicht unter den Teppich kehren und mit den betroffenen Lehrlingen gemeinsam den Weg des Widerstands gehen.

Sylvia Dürr
KPÖ Innsbruck

Impressum: Medieninhaber und Herausgeber: KPÖ-Tirol, Gumpstr. 36, 6020 Innsbruck

Name:

Adresse:

PLZ, Ort:

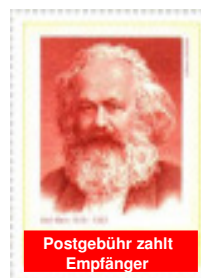
email:

regelmäßige Zusendung der **TIVOLI**

ein Gespräch mit einer/m FunktionärIn des GLB

eine Probenummer der „Volksstimmen“

eine Probenummer der GLB-Zeitung „die arbeit“



KPÖ-Tirol

**Gumpstraße 36
6020 Innsbruck**

Termine

10. und 11. März 2007
KPÖ-Schnupperseminar für Salzburg, Tirol und Vorarlberg.

Themen: Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung und die Rolle der KPÖ; Globalisierung, eine Falle ohne Ausweg?

7. März 2007 - 19 Uhr
KPÖ-Mitgliederversammlung, Gumpstraße 36, Innsbruck-Pradl

4. April 2007 - 19 Uhr
KPÖ-Mitgliederversammlung, Gumpstraße 36, Innsbruck-Pradl

1. Mai 2007 - 12.00 Uhr
Bündnisdemo in Innsbruck, Rappoldipark zum Landhaus